

Was tun nach Bush's Kriegserklärung?

Krieg als Ziel

Das Kriegskabinet in den USA hat der (nicht-amerikanischen) Welt den Krieg erklärt. Es ist ein Krieg, der sich nicht allein gegen die neuen "Achsenmächte" Nordkorea, Irak und Iran, richtet, sondern unausgesprochen auch gegen jene Staaten, die ihre "uneingeschränkte Solidarität" von der Einhaltung von Völkerrecht und Menschenrechten abhängig machen wollen. Der Anspruch der USA an ihre Verbündeten ist total und äußert sich mehr oder weniger offen in Form militärischer Erpressung. Der monströs ansteigende Militärhaushalt der USA – ohne dass ein annähernd ebenbürtiger Feind in Sichtweite wäre – bezeugt, dass die Adressaten der amerikanischen Aufrüstungspolitik in den befreundeten europäischen Hauptstädten sowie in Moskau und Peking zu suchen sind und nicht etwa im ausgebluteten Bagdad.

Total ist auch die Unterstützung, die die Politik der Bush-Administration in der eigenen Bevölkerung genießt. Die Situation ist einmalig: 83 Prozent der US-Bevölkerung und die geballte Macht der Fernsehkanäle stehen hinter Präsident Bush. Das Bedürfnis nach innerer Geschlossenheit einer ansonsten extrem heterogenen Gesellschaft ließ sich offenbar unter den Bedingungen der amerikanischen Mediendemokratie durch einen diabolischen Außenfeind aufs Beste bedienen.

Als konkretes Ergebnis ist schon heute abzusehen, dass der Einfluss der Rüstungs- und Ölindustrie in den USA auf Jahre hinaus gefestigt ist und andererseits die Konzeptlosigkeit der US-Regierung in praktisch allen nicht-militärischen Bereichen (Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- oder Umweltpolitik) zur Nebensache gerät.

Die Folgen dieses Krieges sind für die derzeitige US-Regierung so positiv, dass es nicht verwundert, wenn manche die Frage nach den Hintergründen der Terroranschlägen vom 11. September 2001 neu stellen.

Frieden als Ziel

Für die Europäische Union als nicht-militärische Wirtschaftsmacht bringt der erklärte totale Krieg keine Vorteile und keine Perspektive außer jener der vollkommenen Unterwerfung unter die US-amerikanischen Interessen. Als Alternative wird die EU eine zumindest regionale Friedenspolitik entwickeln müssen, die diesen Namen verdient (eine regionale Friedenspolitik müsste den gesamten Mittelmeerraum, d.h. auch Algerien, den Nahen Osten und damit auch Israel/Palästina sowie Osteuropa bis hin zum Kaukasus, d.h. auch Tschetschenien, einschließen). Das bedeutet Konfliktprävention, Konfliktbewältigung und immer wieder auch Wirtschaftspolitik. Die EU wird dazu Konzepte und Instrumente sowie ein anderes außenpolitisches Selbstbewusstsein entwickeln müssen. Voraussetzung dafür ist der Aufbau einer soliden Glaubwürdigkeit – wie sie überall dort notwendig ist, wo nicht reine Machtargumente gelten sollen.

Damit ist aber schon angedeutet, dass die europäische Außenpolitik zur Zeit kaum von Berlin, Paris oder London initiiert werden kann. Die Länder in der zweiten Reihe (insbesondere Spanien) oder der dritten Reihe (etwa die Niederlande, Schweden und Dänemark) sind besser als Träger geeignet für eine Politik, die auf Vermittlung und langfristiges Vertrauen aus ist und sich trotzdem nicht scheut, auch handfeste Wirtschaftsargumente mit ins Spiel zu bringen.

Der Weg als Ziel

Aber auch sehr kleine Länder, die wie Luxemburg ein historisches Bewusstsein von Ohnmacht und nationaler Selbstbehauptung mitbringen, sollten in ihre Außenpolitik investieren und ihre guten Dienste konsequent anbieten. Gerade die offenkundige Machtlosigkeit und das Fehlen einer kolonialen Vergangenheit prädestinieren Länder wie Luxemburg zu einem gewissenmaßen alternativen außenpolitischen Engagement. Was in Bereichen wie der europäischen Steuer- und Finanzpolitik möglich ist, könnte Luxemburg auch im Bereich Außenpolitik gelingen: die Funktion des ehrlichen Maklers einzunehmen.

Es muß ja nicht gleich die Veranstaltung einer Oslo-Nachfolgekonferenz sein. Man kann auch mit einem israelisch-palästinensischen Treffen von Schriftstellern, Filmemachern oder Psychologen beginnen und mit solchen Aktionen seinen Ruf begründen. Schon heute sucht das Kooperationsministerium händeringend nach sinnvollen Projekten, um 0,7 Prozent des Luxemburger BIP in die Entwicklungshilfe zu leiten. Das Beispiel Norwegen bietet Anregungen, wie man diplomatisches Personal sinnvoll beschäftigt, während etwa die römische Vorortgemeinde San Egidio (die in einer Reihe afrikanischer Konflikte auf unkonventionelle Weise vermittelt hat) zeigt, wie auch die Zivilgesellschaft sich einsetzen kann. Eine Portion Kreativität wird in jedem Fall von Nutzen sein.

Wenn die europäische Außenpolitik zum Gebot der Stunde wird, sollte auch Luxemburg seinen kostbarsten Besitz – seine Souveränität – mit in die Waage werfen.

Jürgen Stoldt